

## **Europa braucht eine Agenda für Wachstum und Stabilität!**

### **Verhandlungsfiasko öffnet Fenster für Reformen in Europa**

Die Volksabstimmung und der dramatische Ausgang der Verhandlungen mit Griechenland haben gezeigt, dass eine wiederholte Beugung der Rechtsgrundlagen der Europäischen Union wie der Europäischen Währungsunion im Chaos enden kann. Diese Art der Politik darf nach dem klaren Nein der Griechen nicht fortgesetzt werden.

Die europäische Integration gehört zur DNA des Wirtschaftsrates. Denn wir sind überzeugt, dass Deutschlands Zukunft Europa heißt. In einer Welt neuer Kraftzentren werden wir unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur mit einem geeinten und wirtschaftlich starken Europa verteidigen können. Umso entscheidender ist es, die Schulden- und Vertrauenskrise zu überwinden und dem europäischen Projekt wieder Herz und Seele zu geben. Es gilt deshalb die Ursachen, die zur Krise geführt haben, konsequent anzupacken und gleichzeitig den EU-Ordnungsrahmen zu stärken.

Nicht mit neuen Schulden und mehr Gemeinschaftshaftung, sondern nur mit mutigen Reformen und konsequenten Integrationschritten kann Europa den dringend notwendigen Investitionsschub erreichen. Der Wirtschaftsrat kämpft an vorderster Front dafür, dass Handlung und Haftung in Europa wieder zwei Seiten einer Medaille sind.

Folgende Bausteine sind aus Sicht des Wirtschaftsrates entscheidend:

- Die bewährte strikte Konditionalität „Hilfen nur für konsequente Reformen“ muss als Kernelement der Rettungspolitik dringend beibehalten werden. Finanzhilfen müssen immer auch verbindlich an die Umsetzung von Reformprogrammen geknüpft sein.
- Es ist notwendig, innerhalb der Eurozone ein Umschuldungsverfahren für einzelne Staaten zu entwickeln.
- Die geltende Nullgewichtung von Staatsanleihen in Bankbilanzen hat Fehlanreize gesetzt und die unheilvolle Rückkopplung von Staaten auf Banken gefördert. Auch bei Staatsanleihen muss deshalb nach intelligenten Übergangsfristen gelten: Höhere Risiken müssen mit mehr Eigenkapital unterlegt werden.
- Rettungseinsätze der EZB dürfen nicht zum Dauerzustand werden. Die EZB muss der Geldwertstabilität verpflichtet bleiben. Eine Monetarisierung der Staatsschulden wäre eine demokratisch nicht legitimierte Enteignung der Sparer.

- Europa braucht eine klare Agenda für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Kernelemente müssen die Öffnung des EU-Dienstleistungsmarktes und die Umsetzung eines EU-US-Freihandelsabkommens sein. Zudem gilt es, das deutsche duale Ausbildungssystem zum Exportschlager zu machen.

- Es gilt, die Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu stärken! Die EU-Mitgliedstaaten geben gemeinsam etwa halb so viel für ihre Armeen aus wie die USA, erreichen jedoch nur rund 10 Prozent der Effizienz der amerikanischen Streitkräfte. Umso wichtiger ist es, durch koordinierte Abstimmung und Bündelung von Kräften auf EU-Ebene die ökonomische Effizienz zu steigern und gleichzeitig die militärische Effektivität zu erhöhen.

Die dramatischen Entwicklungen in Griechenland zeigen, dass die Rettungspolitik in Europa an ihre Grenzen gelangt. Die Regeleinhaltung muss wieder das grundlegende Bindeglied der europäischen Einigung werden. Nur durch das weitgehende Einhalten von Regeln kann der Euro am Ende sogar gestärkt werden.

Konsens-Europa kann nur auf verlässlichen Rechtsgrundlagen funktionieren, sonst werden Populisten aller Länder versuchen, die Bereitschaft zu Zugeständnissen erneut bis zum „bitteren Ende“ auszureizen. Die Regierung Tsipras hat hierfür das Lehrbuch-Beispiel geliefert. Letztlich wurde der hohe Goodwill, den Regierungschefs, Kommission und EZB durch die gesamte Griechenland-Krise hindurch zeigten, durch eine doppelbödige Verhandlungsführung einer zu keinem Zeitpunkt zu nachhaltigen Kompromissen bereiten Regierungsspitze vorgeführt.

Die EZB wurde in den letzten fünf Jahren, aber insbesondere in jüngster Zeit missbraucht und überbeansprucht. Als Zentralbank kann sie nicht immer weiter als „Ausputzer der Politik“ einspringen. Nach Abwehr der kurzfristigen Folgen der griechischen Krise in den nächsten Tagen muss sie sich wieder auf ihre eigentliche Kernaufgaben der Wahrung der Geldwertstabilität und Finanzmärkte konzentrieren und ihre Instrumente dafür einsetzen. Auch die Ausdehnung der ELA-Kreditrahmen in den letzten Wochen und damit der Missbrauch eines an sich sehr sinnvollen Instruments haben die Risiken deutlich erhöht, aber die Einigungsbereitschaft der Athener Regierung eher gemindert.

Die indirekte Staatsfinanzierung – unter Umgehung der Rettungsschirme mit ihren verbindlichen Auflagen – hat sich als geldpolitische Sackgasse erwiesen. Darüber hinaus höhlt sie die parlamentarischen Mitspracherechte der Mitgliedsstaaten aus und delegitimiert die Europäische Idee in der Bevölkerung.